

Freilich kann B., für dessen wissenschaftliches und politisches Arbeiten das nationale Moment — wie damals bei vielen seines Standes und seines Stammes — so sehr entscheidend gewesen ist, nur dann verstanden und gerecht beurteilt werden, wenn die Schilderung seines Lebens einbezogen wird in eine wirklichkeitsnahe Analyse der nationalen Situation in jener Spätzeit der Monarchie. Das aber wird in diesem wohlwollenden, an die Zufälligkeit des erhaltenen und gefundenen Materials gebunden bleibenden und damit lexikalisch breiten Lebensbild nicht versucht. Mehr, als es einem Biographen gestattet ist, macht sich der Autor die Anschauungen und Argumente seines Helden und dessen Generation zu eigen, ohne sie auf ihre Berechtigung zu prüfen. So fehlt der Studie die kritische Distanz, und deshalb befriedigt auch nicht die bloß referierende oder aus Rezensionen oder Nachrufen gewonnene Darstellung von B.s wissenschaftlichem Werk.

Methodisch bedenklich ist die kritiklose Verwertung der B.schen Selbstzeugnisse (etwa der den einzelnen Personalakten beiliegenden „Lebensläufe“). — Die zum Teil sehr umfangreichen Anmerkungen sind, gebündelt, leider erst an den Schluß des Buches gestellt.

Marburg a. d. L.

Peter Burian

Adolf Weber, Sowjetwirtschaft heute — Schwächen und Stärken. Schriften der Adolf Weber-Stiftung, hrsg. von R. Gunzert. Duncker & Humblot, Berlin 1962. 117 S. Pappbd. DM 5,80.

Die vorliegende Arbeit ist eine der letzten Schriften, die der hochgeschätzte Wirtschaftswissenschaftler vor seinem Tode verfaßte. Wie auch seine anderen Veröffentlichungen, besticht sie durch ihre logische und anschauliche Gedankenführung sowie durch Verständlichkeit auch für denjenigen Leser, dem die Problematik der Sowjetwirtschaft fremd ist. Adolf Weber, der sich jahrzehntelang mit diesem Problemkreis beschäftigt hat, erweist sich nicht nur als ein ausgezeichneter Kenner der Sowjetwirtschaft, er versteht es vielmehr auch, die sowjetischen Ansichten zu interpretieren und die Schwächen des sowjetischen Wirtschaftssystems mit überzeugenden Argumenten aufzuzeigen.

Weber gibt zunächst einen historischen Überblick über die Entwicklung der Sowjetwirtschaft, um im folgenden vier grundlegende Bedenken gegen ihren gegenwärtigen Stand vorzubringen. Die kritischen Merkmale, die er im einzelnen einer Untersuchung unterzieht, formuliert er wie folgt: 1) Unterordnung der freien Entschlußkraft unter die Gebundenheit der Planung; 2) erhöhte Notwendigkeit und vermehrte Schwierigkeit der Bildung von Produktivkapital; 3) ungenügende Koordinierung der Kräfte und Mittel infolge des Verzichtes auf die marktwirtschaftliche Orientierung; 4) Unmöglichkeit einer geordneten Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung.

Diese von Weber herausgestellten Mangelercheinungen beherrschen die nach ihnen benannten Kapitel der Arbeit. Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, daß die Geschichte der Sowjetwirtschaft eine Geschichte der Mißerfolge gewesen sei, während die marktwirtschaftlich orientierten Länder mit Privatinitiative und privatem Eigentum an den Produktionsmitteln einen ständigen wirtschaftlichen Aufstieg verzeichnen konnten, woran selbst zeitweilige Unterbrechungen dieses Aufstieges durch Depressionen und Krisen nichts zu ändern

vermochten. Warum, so fragt Weber, muß die Planwirtschaft in der Sowjetunion der Marktwirtschaft unterlegen sein?

Die vier oben genannten Grundbedenken Webers gegen die Planwirtschaft sind eine Antwort auf diese Frage. Die marxistische Ideologie lehnt die freie Entfaltung des Individuums ab, die von den Vertretern des Liberalismus als Voraussetzung für Ordnung und Fortschritt betrachtet wird. Nach ihrer Meinung ist das „Wesen des Menschen vielmehr nur in der Gemeinschaft, in der Einheit des Menschen mit dem Menschen enthalten“ (Marx). Die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Einstellung sind mangelndes Interesse der Wirtschaftssubjekte an ihrer Tätigkeit und, als Folge davon, eine hohe Fluktuation der Arbeitskräfte sowie qualitativ und quantitativ unzureichende Produktion. Am stärksten dürfte sich jedoch die mangelnde Eigeninitiative bemerkbar machen. Das von der Partei verkündete „Prinzip der materiellen Interessiertheit“ vermag die treibende Kraft des kapitalistischen Profits nicht zu übernehmen, und Zwangsmaßnahmen zur Beibehaltung des Arbeitsplatzes oder zur Normerfüllung bringen eher eine Verschärfung statt die Beseitigung des Dilemmas, über das auch die verhältnismäßig hohen industriellen Wachstumsraten der Sowjetunion nicht hinwegtäuschen können. Das industrielle Wachstum kommt in überwiegendem Maße der Vergrößerung des Rüstungspotentials zugute, während die Unterversorgung der Bevölkerung in erschreckendem Umfang bestehen bleibt. Adolf Weber erkennt diesen Tatbestand sehr deutlich und warnt die Verfechter der Wirtschaftsplanung in der westlichen Welt mit den in der Sowjetwirtschaft gemachten Erfahrungen. Auch die verfeinertsten Planungsmethoden werden, zumal bei Verbreiterung des Güterfächers, nicht imstande sein, Angebot und Nachfrage auszugleichen. In einer marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft können Mißstände durch Planung nicht nur nicht behoben, sondern eher noch gefördert werden.

Ein grundlegender Fehler bei der Beurteilung des Wertes des Produktivkapitals ist nach Weber die Verkennung der Tatsache, daß die produzierten technischen Produktionsmittel ohne Rücksicht auf die Kosten nur soviel wert sind, als sie der Gesellschaft nützen. Unproduktive Rüstungsausgaben und Aufwendungen für „die Befriedigung der intellektuellen Neugierde namentlich im Weltraum“ sowie Hilfe für die Entwicklungsländer im Dienste der russischen Welteroberungspolitik können nur über eine Einschränkung des Konsums der breiten Massen finanziert werden. Weber ordnet diese Zwangssparprozesse zwar in die Epoche des Stalinismus ein und verweist auf die Beschlüsse des XXII. Parteitages der KPdSU, die eine wesentliche Steigerung des Lebensstandards in der Sowjetunion vorsehen. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß ähnliche Programme schon häufig verkündet, aber nicht eingehalten wurden. Andererseits bedeutet erhöhter Konsum eine verminderte Kapitalbildung — ein Zustand, den sich die Sowjetunion bei ihrer ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Zielsetzung nicht leisten kann.

Ein wesentliches Mittel, die gesteckten wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, wäre für die Sowjetunion eine Erweiterung ihres Außenhandels, um so in den Genuß der Vorteile internationaler Arbeitsteilung zu gelangen. Im Vergleich zur Epoche des Stalinismus hat der sowjetische Außenhandel auch tatsächlich eine erhebliche Erweiterung erfahren. Der Hauptanteil am sowjetischen Außen-

handelsvolumen fällt jedoch bereits seit Jahren den sog. Volksdemokratien zu, während der prozentuale Anteil der westlichen Welt in ständigem Rückgang begriffen ist. Die Ansicht Webers, die Leiter der Sowjetwirtschaft hätten erkannt, daß der auswärtige Handel nicht nur zur Füllung gelegentlicher Planlücken notwendig ist, kann daher, was den Handel mit dem westlichen Ausland betrifft, nicht geteilt werden. Weber schränkt seine Ansicht jedoch selbst insofern ein, als er betont, daß „die mit dieser Einsicht verbundenen Hoffnungen und Bestrebungen illusorisch bleiben, solange das sowjetrussische Außenhandelsmonopol das richtige Ineinandergreifen der volkswirtschaftlichen Kräfte und Mittel im Rahmen der weltwirtschaftlichen Preisbildung unmöglich macht“.

Das Verdienst Adolf Webers in dieser Schrift ist, daß er dem Leser einen Überblick darüber verschafft, was heute, in der nachstalinischen Periode, von der Sowjetwirtschaft zu erwarten ist und wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Er sieht sie dabei so, wie sie tatsächlich ist, und nicht, wie sie nach der Theorie der sowjetischen Ökonomen sein sollte.

Hamburg

Werner Gumpel

Kirche und Staat in der Sowjetunion. Gesetze und Verordnungen. Hrsg. von Robert Stupperich. (Schriftenreihe des Studienausschusses der EKU für Fragen der orthodoxen Kirche, H. 1.) Luther-Verlag, Witten 1962. 48 S. Brosch. DM 3,60.

Die vorliegende, vom Direktor des Ostkirchen-Instituts der Universität Münster herausgegebene Gesetzessammlung enthält in deutscher Übersetzung die wichtigsten Normativakte zur Rechtsstellung der Russisch-orthodoxen Kirche in der Sowjetunion. Wie der Herausgeber im Nachwort zutreffend unterstreicht, richtet sich jedoch ihre praktische Anwendung „nach den jeweiligen Staatsnotwendigkeiten“. Mit dem Dekret der Sowjets „Über die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche“ vom 23. Jan. 1918 und dem „Zirkular betreffend Trennung von Kirche und Staat“ vom Dez. 1918 (S. 5—11) begann der Kampf der Kommunisten gegen die Kirche, der erst nach 1927 zu einer Art von *modus vivendi* zwischen dem Sowjetstaat und der russischen Patriarchatskirche führte. Erst mit der Durchführungsverordnung zum ersten Dekret vom 8. April 1929 (S. 13—28) wurden die unscharf gefaßten Bestimmungen näher präzisiert. Eine gewisse Änderung im gegenseitigen Verhältnis trat nach 1941 ein, als Stalin im Kriege auf die alte russische Tradition und die religiösen Kräfte in der UdSSR zurückgriff. Das „Statut über die Verwaltung der Russisch-orthodoxen Kirche“ vom 31. Jan. 1945 (S. 35—41) brachte eine Stärkung der Position des Patriarchen mit sich. Eine rückläufige Tendenz in der sowjetischen Kirchenpolitik leiteten der Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU über die antireligiöse Propaganda vom 10. Nov. 1954 (S. 29—34) und die Änderung des Statuts über die Verwaltung der Kirche vom 18. Juli 1961 (S. 41—45) ein. Die Schrift enthält darüber hinaus Auszüge aus dem Parteiprogramm der KPdSU von 1919, der Sowjetverfassung von 1936 und dem sowjetischen Strafgesetzbuch zum gewählten Thema. Die sorgfältigen Quellenübersetzungen stellen eine willkommene Bereicherung des spärlichen Schrifttums über das Verhältnis von Kirche und Staat in der Sowjetunion dar.

Kiel

Alexander Uschakow